

 Bundesministerium
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.568.297

Wien, am 13. September 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Juli 2023 unter der Nr. **15790/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Schadenersatz wegen rechtswidriger Postenbesetzungen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wie viele Gleichbehandlungsbeschwerden betreffend Ihr Ministerium gab bzw. gibt es bei der Bundes-Gleichbehandlungskommission? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr seit 2003 bis Stichtag Zeitpunkt der Anfrage.*
 - a. *Wie oft wegen Diskriminierung aufgrund der "Weltanschauung"?*
 - b. *Wie oft wegen welcher anderen Diskriminierung?*
 - c. *Um welche Posten handelte es sich?*
- *Wie oft ist die Bundes-Gleichbehandlungskommission wegen Diskriminierungen bei der Postenvergabe im Innenministerium von Amts wegen tätig geworden? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr seit 2003 bis Stichtag Zeitpunkt der Anfrage.*
 - a. *Wie oft wegen Diskriminierung aufgrund der "Weltanschauung"?*
 - b. *Wie oft wegen welcher anderen Diskriminierung?*
 - c. *Um welche Posten handelte es sich?*

Zur Anzahl der bei der Bundes-Gleichbehandlungskommission gestellten Anträge darf auf die gemäß § 12a Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (B-GIBG) dem Nationalrat vorzulegenden Gleichbehandlungsberichte des Bundes verwiesen werden, die unter <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichbehandlung/gleichbehandlungsberichte/gleichbehandlungsberichte-des-bundes.html> abrufbar sind.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das Innenministerium jährlich etwa 1.200 Besetzungsverfahren durchführt. In 50 Fällen (das sind etwas mehr als 4 Prozent) wurden im letzten Jahr eine Beschwerde an die Bundes-Gleichbehandlungskommission geführt. In 8 Fällen wurde dem Beschwerdeführer recht gegeben – das sind etwa 0,7 Prozent aller Besetzungsverfahren.

Zur Frage 3:

- *In wie vielen Fällen wurde seitens der Bundes-Gleichbehandlungskommission eine Diskriminierung festgestellt? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr seit 2003 bis Stichtag Zeitpunkt der Anfrage.*
 - a. *Wie oft wegen Diskriminierung aufgrund der "Weltanschauung"?*
 - b. *Wie oft wegen welcher anderen Diskriminierung?*
 - c. *Um welche Posten handelte es sich?*

Diesbezüglich wird auf die Beantwortung der Frage 8 der parlamentarischen Anfrage 9719/J vom 10. Februar 2022 (9517/AB XXVII. GP) verwiesen. Detaillierte Angaben zu den Arbeitsplätzen aus den vergangenen Jahren können aufgrund des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes nicht gemacht werden (Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des verwaltungsrechtlichen Handelns). Für den davorliegenden Zeitraum kann eine Beantwortung mangels entsprechend geführter Statistiken nicht erfolgen.

Grundsätzlich gilt, dass die Dienstbehörde beweisen muss, dass jemand nicht benachteiligt wurde – und nicht umgekehrt.

Für den Zeitraum ab 2022 sind die durch die Bundes-Gleichbehandlungskommission festgestellten Diskriminierungen nachstehender Tabelle zu entnehmen:

Jahr	Anzahl	Diskriminierungsgründe	Arbeitsplatz
2022	1	Weltanschauung,	Abteilungsleitung

		Geschlecht	
2022	1	Verletzung Benachteiligungsverbot nach § 20b B-GIBG	Teamleitung
2022	1	Alter	Gruppenführer/in
2022	2	Geschlecht	2. Stellvertretung Kommandant/in, Kommandant/in
2022	1	Alter, Geschlecht	Leitung Büro Rechtsangelegenheiten, Stellvertretung Leitung Geschäftsbereich
2022	2	Weltanschauung	Stellvertretung Fachbereichsleitung, Zugskommandant/in
2022	1	Weltanschauung, Alter	Zugskommandant/in
2023	4	Weltanschauung	Referatsleitung, Büroleitung, Hauptsachbearbeiter/in, Sachbereichsleiters/in und 1. Stellvertretung Kommandant/in
2023	2	Geschlecht, Weltanschauung	Kommandant/in, Leitung Geschäftsbereich, Stellvertretung Landespolizeidirektor/in
2023	2	Geschlecht	Stellvertretung Regionaldirektor/in, Hauptsachbearbeiter/in
2023	1	Alter	Stellvertretung Hauptsachbearbeiter/in
2023	1	Weltanschauung, Alter	Sachbereichsleitung, Stellvertretung Kommandant/in,

		Kommandant/in
--	--	---------------

Zur Frage 4:

- *Was war Inhalt der Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission und durch welche konkreten Maßnahmen wurden diesen Gutachten Rechnung getragen?*

In diesem Zusammenhang darf auf die Website der Bundes-Gleichbehandlungskommission verwiesen werden, wo unter <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichbehandlungskommissionen/bundes-gleichbehandlungskommission.html> sämtliche Gutachten abrufbar sind.

Hinsichtlich der Maßnahmen wird auf die Beantwortung der Fragen 6 und 6a der parlamentarischen Anfrage 14151/J vom 17. Februar 2023 (13724/AB XXVII. GP) verwiesen.

Zur Frage 5:

- *Wie oft wurden die verantwortlichen Bundesbediensteten dienst- oder disziplinarrechtlich verfolgt? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr seit 2003 bis Stichtag Zeitpunkt der Anfrage.*
 - Um Bedienstete in welchen Positionen handelte es sich?*
 - Welche Konsequenzen erlebten die verantwortlichen Bundesbediensteten?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zu den Fragen 6 und 7:

- *In wie vielen Fällen, in denen die B-GBK eine sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung festgestellt hat, wurde das Gutachten der B-GBK vor dem BVwG bekämpft? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr seit 2003 bis Stichtag Zeitpunkt der Anfrage und Art der Diskriminierung.*
 - In wie vielen Fällen war eine Bekämpfung vor dem BVwG erfolgreich?*
 - In wie vielen Fällen war eine Bekämpfung vor dem BVwG nicht erfolgreich?*
- *Wie viele Gleichbehandlungsbeschwerden betreffend Ihr Ministerium gab es bereits beim Bundesverwaltungsgericht? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr seit 2003 bis Stichtag Zeitpunkt der Anfrage.*
 - Wie viele wegen Diskriminierung aufgrund der "Weltanschauung"?*
 - Wie viele wegen welcher anderen Diskriminierung?*

Diesbezüglich wird auf die Beantwortung der Frage 2 der parlamentarischen Anfrage 10174/J vom 9. März 2022 (9918/AB XXVII. GP) sowie auf die Beantwortung der Frage 1 der parlamentarischen Anfrage 14151/J vom 17. Februar 2023 (13724/AB XXVII. GP) verwiesen. Angemerkt wird zudem, dass es sich bei den in der parlamentarischen Anfrage 14151/J genannten Verfahren teilweise auch um Verfahren vor dem Arbeits- und Sozialgericht handelt.

Im Jahr 2023 wurde bis zum Anfragezeitpunkt eine Beschwerde (Diskriminierungsgrund: Alter und Weltanschauung) an das Bundesverwaltungsgericht gerichtet.

Zur Frage 8:

- *Wie viele Gleichbehandlungsbeschwerden betreffend Ihr Ministerium sind derzeit beim Bundesverwaltungsgericht anhängig?*
 - a. *Wie viele wegen Diskriminierung aufgrund der "Weltanschauung"?*
 - b. *Wie viele wegen welcher anderen Diskriminierung?*

Zum Stichtag der Anfrage sind zehn Beschwerdeverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht anhängig, davon fünf Verfahren aufgrund der Weltanschauung, zwei Verfahren aufgrund des Alters, zwei Verfahren aufgrund von Alter und Weltanschauung und ein Verfahren aufgrund von Alter und Geschlecht.

Zu den Fragen 9 und 9a bis 9c:

- *Wie oft wurden Schadenersatzansprüche gegen Ihr Ministerium wegen rechtswidriger Postenbesetzung geltend gemacht? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr seit 2003 bis Stichtag Zeitpunkt der Anfrage.*
 - a. *Wie oft wegen Diskriminierung aufgrund der "Weltanschauung"?*
 - b. *Wie oft wegen welcher anderen Diskriminierung?*
 - c. *Um welche Posten handelte es sich?*

Seit 2011 wurden nachfolgende Anträge auf Schadenersatz geltend gemacht. Für den davorliegenden Zeitraum kann eine Beantwortung mangels entsprechend geführter Statistiken nicht erfolgen. Detaillierte Angaben zu Arbeitsplätzen aus den Jahren 2011 bis 2021 können aufgrund des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes nicht erfolgen.

Jahr	Anzahl	Diskriminierungsgründe	Arbeitsplatz
2011	1	Alter	

2013	1	Alter	
2013	3	Weltanschauung	
2013	1	Geschlecht	
2014	1	Weltanschauung	
2015	1	Geschlecht	
2016	1	Weltanschauung	
2016	1	Alter, Geschlecht, Weltanschauung	
2017	2	Alter, Weltanschauung	
2017	1	Geschlecht	
2017	1	Alter, Weltanschauung	
2018	1	Geschlecht	
2018	1	Weltanschauung	
2018	4	Alter, Weltanschauung	
2018	1	Geschlecht	
2018	1	Alter, Geschlecht, Welt- anschauung	
2018	1	Geschlecht, Alter	
2018	1	Alter	
2019	2	Weltanschauung, Geschlecht	
2019	5	Weltanschauung	
2019	5	Alter, Weltanschauung	
2020	2	Alter	
2020	2	Alter, Weltanschauung	
2020	4	Weltanschauung	
2020	1	Alter, Geschlecht	
2020	1	Geschlecht, Weltanschauung	

2021	3	Weltanschauung	
2021	1	Alter	
2021	2	Alter, Weltanschauung	
2022	1	Alter, Weltanschauung	Stadtpolizeikommandant/in
2022	1	Weltanschauung, Geschlecht	Abteilungsleitung
2022	2	Geschlecht	2. Stellvertretung Kommandant/in
2022	1	Weltanschauung	Stellvertretung Fachbereichsleitung
2022	1	Alter, Geschlecht	Leitung Büro Rechtsangelegenheiten, Stellvertretung Geschäftsbereichsleitung
2022	1	Alter	Leitung Außenstelle Regionaldirektion
2022	1	Weltanschauung	Sachbereichsleitung, Stellvertretung Kommandant/in
2022	1	Weltanschauung und Alter	Kommandant/in
2022	1	Weltanschauung	Kommandant/in
2022	1	Alter	Stellvertretung Hauptsachbearbeiter/in
2023	1	Geschlecht, Weltanschauung	Geschäftsbereichsleitung, Stellvertretung Landespolizeidirektor/in
2023	1	Alter, Weltanschauung	Zugskommandant/in
2023		Verletzung Benachteiligungsverbot nach § 20b B-GIBG	Teamleitung
2023	1	Geschlecht	Stellvertretung Regionaldirektor/in

Seit 2003 (erstmals im Jahr 2011) wurden in 17 Fällen Schadenersatzansprüche gegen den Bund aufgrund angeblich rechtswidriger Postenbesetzungen im Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres oder seiner nachgeordneten Behörden auf Grundlage des Amtshaftungsgesetzes geltend gemacht.

Die folgende Tabelle enthält eine Auflistung dieser Fälle, aus der das Jahr, in dem der Anspruch geltend gemacht wurde, die betroffene(n) Planstelle(n) und der jeweils vorgebrachte Diskriminierungsgrund hervorgehen. So weit als Diskriminierungsgrund „Kein Vorbringen“ angegeben ist, handelt es sich um Fälle, in denen der Anspruchswerber bzw. die Anspruchswerberin vorbrachte, dass die Bestellungsentscheidung nicht vertretbar gewesen sei, nicht aber behauptete, aufgrund des Alters, des Geschlechts, der Weltanschauung oder eines sonstigen Merkmals diskriminiert worden zu sein.

Jahr	Diskriminierungsgründe	Betroffene Planstelle
2011	Kein Vorbringen	Sachbereichsleitung und Stellvertretung Polizeiinspektionskommandant/in
2013	Weltanschauung	Stellvertretung Polizeiinspektionskommandant/in
2014	Geschlecht	Leitung Ermittlungsbereich
2017	Behinderung	Büroleitung
2017	Kein Vorbringen	Referatsleitung
2017	Kein Vorbringen	Leitung Geschäftsbereich
2018	Weltanschauung	Polizeiinspektionskommandant/in
2018	Kein Vorbringen	Hauptreferent/in
2019	Behinderung	Büroleitung
2019	Kein Vorbringen	Referent/in
2019	Kein Vorbringen	Polizeiinspektionskommandant/in
2020	Alter, Weltanschauung	Stellvertretung Polizeiinspektionskommandant/in
2021	Weltanschauung	Leitung Ermittlungsbereich
2022	Alter	Gruppenleitung

2023	Weltanschauung	Zugskommandant/in
2023	Alter	Stadtpolizeikommandant/in
2023	Alter, Weltanschauung	Abteilungsleitung

Zu den Fragen 9d, 10 und 11:

- Wie viel Schadenersatz ist fällig geworden?
 - i. Wie oft wegen Diskriminierung aufgrund der "Weltanschauung"?
 - ii. Wie oft wegen welcher anderen Diskriminierung?
 - iii. Um welche Posten handelte es sich?
- Welche Maßnahmen zur Entschädigung der ungleichbehandelten Personen haben Sie getroffen?
 - a. Wie viele Personen erhielten Entschädigungen?
 - b. Welche Entschädigungen erhielten die Betroffenen?
- Wie hoch war die Gesamtsumme von Schadenersatzzahlungen wegen Diskriminierungen bei Postenbesetzungen seit 2003? Bitte um Aufschlüsselung nach BMI-Zentralstelle und nachgeordneten Dienststellen.
 - a. Wann erfolgten die Schadenersatzzahlungen jeweils (aufgrund der Gutachten und Empfehlungen der B-GBK; erst nach Urteil des BVwG; nach einem Zivilrechtsverfahren wegen Entgang der Lebensverdienstsumme usw.)? Bitte um detaillierte Angaben.

Die Gesamtsumme der geleisteten Schadenersatzzahlungen (ab 2011) im Rahmen eines Verfahrens vor der Bundes-Gleichbehandlungskommission oder dem Bundesverwaltungsgericht beträgt im Bereich der Zentralleitung € 67.418,63 und im Bereich der nachgeordneten Dienststellen € 430.045,20. Insgesamt erhielten 40 Personen eine Entschädigung.

In 15 Verfahren erfolgte die Zahlung aufgrund eines Gutachtens der Bundes-Gleichbehandlungskommission, in 28 Verfahren aufgrund eines Erkenntnisses des Bundesverwaltungsgerichtes und in einem Verfahren aufgrund eines gerichtlichen Vergleiches. Die restlichen Verfahren sind entweder noch offen oder es erfolgte die Abweisung des Antrages auf Schadenersatz.

Für den Zeitraum vor 2011 kann eine Beantwortung mangels entsprechend geführter Statistiken nicht erfolgen. Die nachträgliche Ermittlung der zeitlich weit zurückliegenden

Daten wäre aufgrund des übermäßig hohen Verwaltungsaufwands nicht mit dem Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit vereinbar.

Soweit Fälle betroffen sind, in denen eine Entschädigung im Zuge eines anhängigen Amtshaftungsverfahrens geleistet wurde, beträgt die Gesamtsumme der seit 2003 geleisteten Schadenersatzzahlungen € 5.000. Diese bezieht sich auf den Fall der behaupteten Diskriminierung aufgrund des Geschlechts im Jahr 2014.

Zur Frage 12:

- *Wie hoch waren Entschädigungszahlungen aus anderen Gründen seit 2003 (z.B. Entschädigungen für persönliche Kränkung usw.)? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Grund.*

Aus der Beantwortung der Frage 9 der parlamentarischen Anfrage 9719/J vom 10. Februar 2022 (9517/AB XXVII. GP) ergibt sich, dass im Zeitraum 2012 bis 2021 € 83.537,91 aufgrund erlittener persönlicher Beeinträchtigung geleistet wurden. Im Zeitraum 2022 bis zum Stichtag der Anfrage wurden in Summe Zahlungen von € 58.000 aufgrund erlittener persönlicher Beeinträchtigung geleistet.

Zur Frage 13:

- *Wie oft wurden Schadenersatzansprüche gegen Ihr Ministerium wegen anderem Fehlverhalten geltend gemacht? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr seit 2003 bis Stichtag Zeitpunkt der Anfrage.*
 - b. *Wegen welchem Fehlverhalten jeweils?*
 - c. *Wie viel Schadenersatz ist fällig geworden?*
 - i. *Wegen welchem Fehlverhalten jeweils?*

Da die parlamentarische Anfrage allgemein das Thema „Schadenersatz wegen rechtswidriger Postenbesetzungen“ betrifft und die aus diesem Grund anhängig gewordenen Haftungsfälle bereits Gegenstand der Fragen 9 und 11 sind, lässt sich nicht nachvollziehen, was unter einem „anderen Fehlverhalten“, mit dem Schadenersatzansprüche gegen den Bund begründet werden, zu verstehen ist. Die Frage kann daher nicht beantwortet werden.

Zu den Fragen 14 und 15:

- *Haben Sie bisher Maßnahmen gesetzt, um den diskriminierenden Postenbesetzungen in Ihrem Ressort ein Ende zu setzen?*
 - a. *Wenn ja, wann wurden welche konkreten Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
 - c. *Wenn nein, wann ist geplant, diese Maßnahmen wodurch umzusetzen?*
 - d. *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich im Jahr 2023 wann gesetzt werden?*
 - e. *Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
 - i. *Mit welchem Ergebnis?*
 - f. *Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung inwiefern wann involviert?*
- *Haben Sie bisher Maßnahmen gesetzt, um gezielt den diskriminierenden Postenbesetzungen aufgrund der Weltanschauung ein Ende zu setzen?*
 - a. *Wenn ja, wann wurden welche konkreten Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
 - c. *Wenn nein, wann ist geplant, diese Maßnahmen wodurch umzusetzen?*
 - d. *Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich im Jahr 2023 wann gesetzt werden?*
 - e. *Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium gesetzt?*
 - i. *Mit welchem Ergebnis?*
 - f. *Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung inwiefern wann involviert?*

Es darf auf die Beantwortung der Fragen 12 bis 14 der parlamentarischen Anfrage 10025/J vom 28. April 2022 (9792/AB XXVII. GP), die Beantwortung der Frage 1, Absatz 1, 2, und 4, der parlamentarischen Anfrage 10949/J vom 11. Mai 2022 (10674/AB XXVII. GP) sowie auf die Beantwortung der Fragen 6 und 6a der parlamentarischen Anfrage 14151/J vom 17. Februar 2023 (13724/AB XXVII. GP) verwiesen werden.

Die in der letztgenannten Beantwortung beschriebene Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen im Bundesministerium für Inneres besteht seit dem Jahr 1993 und ist auch für die Ausarbeitung eines Vorschlags für den Frauenförderungsplan nach § 11a B-GIBG zuständig, in welchen die aus ihren Tätigkeiten gewonnene Erfahrungen einfließen können. Eine Neufassung des Frauenförderungsplan – BMI soll im Jahr 2023 in Kraft treten.

Bisher wurden keine Organisationseinheiten anderer Bundesministerien bei der Erarbeitung ressortinterner Maßnahmen involviert.

Gerhard Karner

